

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1.50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgepaaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: N. Wiehle, Linden-Pannover.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin, Christburgerstr. 43 a, 4. Etage, rechts. — Vorsitzender der Rechtsschutzkommission: Lud. Stiefel, Frankfurt a. M., Große Spillingsgasse 8. — Postzeitungsliste Nr. 1187.

№ 13. Hannover, den 26. März 1898. 8. Jahrgang.

Anträge zum Verbandstage.

Zweigverein Berlin.

Damit den Mitgliedern jederzeit die Statuten zur Verfügung stehen, ist das Quittungsbuch vom Statut zu trennen und eventuell Quittungsarten einzuführen.

Der Zweigverein Berlin schließt sich den Anträgen Hannover IV und Erfurt IV in Bezug auf Zahlung von Krankenunterstützung mit der Abänderung an, daß die von Hannover beantragte Krankenunterstützung auf das Doppelte bemessen und nach 13 Wochen oder nach Ablauf der Ortskrankenklassen-Unterstützung um eine bestimmte näher festzusetzende Summe erhöht wird.

Zweigverein Duisburg.

Zu § 7. Arbeitslosen, am Orte verbleibenden Mitgliedern kann eine Unterstützung gewährt werden, gleichviel, ob die Arbeitslosigkeit durch eigenes Verschulden erfolgt ist oder nicht.

Anspruch auf Unterstützung hat ein Mitglied, welches 26 Wochenbeiträge geleistet, auf 50 Pfg. pro Tag, bei 52 Wochenbeiträgen auf 75 Pfg. pro Tag.

Die Unterstützung erfolgt vom vierzehnten Tage der Arbeitslosigkeit an, wird aber von da an gleich ansbezahlt.

Die Unterstützung wird dreizehn Wochen gewährt. Diese Unterstützung soll bis zur dreizehnten Woche ansbezahlt werden, ganz gleich, ob das Mitglied auf Wanderschaft ist oder nicht.

Die Stundung der Beiträge findet wie zuvor statt; von der Reiseunterstützung sind Beiträge nicht einzubehalten.

Der monatliche Beitrag soll 1 Mark nicht übersteigen, und soll dafür eine Marke ausgegeben werden.

Zweigverein Eberfeld.

Die Anträge zwei und drei sind zusammenzuziehen. Bei der Agitation ist Westdeutschland mehr zu berücksichtigen.

Der nächste Verbandstag ist in Breslau abzuhalten.

Zweigverein Erlangen.

Zu § 6. Den bisherigen Beitrag beizubehalten. Den Sitz des Verbandes nach Frankfurt a. M. zu verlegen.

Der Verbandstag soll den Antrag Schmidt besonders beachten, da derselbe nach hiesiger Meinung zweckdienlich ist.

Der Verbandstag möge über Vorschläge beraten, wie eine Verschmelzung unseres Verbandes mit dem der Böttcher zu die Wege geleitet werden kann.

Zweigverein Kassel.

Der Verbandstag wolle beschließen, eine Krankenunterstützungskasse zu gründen.

Verheiratheten Kollegen, welche gemahregelt oder auf eine schwarze Liste seitens der Unternehmer gesetzt, sollen bei nothwendigem Umzug die ganzen Kosten seitens des Verbandes ersetzt werden.

Die Verbandsbeiträge sind so wie gegenwärtig zu belassen, da eine Erhöhung eher schadet als bessert.

Zweigverein Kiel.

Zu § 6. Der Monatsbeitrag ist von 80 Pfg. auf 1 Mk. zu erhöhen.

Zu § 7. Die Unterstützung ist bis auf 45 Mk. zu erhöhen.

Der Beitrag zum Streifonds ist von 10 Pfg. auf 20 Pfg. zu erhöhen, damit nicht immer bei jeder Bewegung die Zahlstellen mit Sammelisten überhäuft werden, und weil bei der jetzigen Einrichtung die Einzelmitglieder von den Bewegungen sehr wenig gewahrt werden.

Die Kieler Kollegen ersuchen den Verbandstag, darüber zu beraten, in wie weit es möglich wäre, eine Krankenunterstützungs- oder Krankenzuschußkasse zu gründen. Der Verbandstag möge eine Kommission wählen, welche die Statuten ausarbeitet und dem nächsten Verbandstage vorlegt.

Der nächste Verbandstag ist in Kiel abzuhalten.

Antrag von Hans Wegner, Mannheim.

Kein Zweigverein darf als Vorsitzenden einen außerhalb des Geschäftes stehenden Kollegen oder eine einem anderen Berufe angehörende Person wählen. Ist kein Kollege momentan mit der Geschäftsführung so vertraut, um das Amt zu übernehmen, so ist das

Ersuchen an das Gewerkschaftsstell zu stellen, bei schwierigen Fällen einen Delegirten beizunordnen, indem bei internen Fragen doch bloß ein Fachmann als Vorsitzender der Versammlung maßgebend sein kann.

Zweigverein Lübeck.

Zu § 3. Ein Geschäftsmann, der während seiner Beschäftigung in der Brauerei nicht Mitglied war, kann, nachdem er selbstständig geworden, nicht mehr als Mitglied aufgenommen werden.

Antrag Boyßen.

Zu § 3. Im Streitreglement statt $\frac{1}{2}$ Jahr 1 Jahr zu setzen.

Zum § 7 soll hinzugesetzt werden, daß jede Woche genauer Bericht zu erstatten, der dann in der Zeitung zu veröffentlichen ist.

Zweigverein München.

Der Verbandstag wolle beschließen, den Vorsitzenden des Verbandes zu beauftragen, eine Petition über Abschaffung der Sonntagsarbeit in den Brauereien auszuarbeiten und an das Reichsamt des Innern einzusenden, um mehr Schutz und Verbesserung der Sonntagsruhe in den Brauereien zu erlangen.

Diese Petition soll sich auf nachstehende Punkte hauptsächlich beziehen. 1. An Sonn- und Festtagen hat die Arbeit in dem Sudhaus, Lager- und Gährkeller und auf der Schwankhalle vollständig zu ruhen. 2. In der Mälzerei ist die Arbeit soviel als möglich zu beschränken, und sollen speziell nur Hausarbeiten verrichtet werden. Die Arbeitszeit darf 2 Stunden nicht überschreiten.

Der Beitrag soll in der gleichen Höhe wie bisher bleiben.

Der Sitz des Redakteurs ist nach München zu verlegen.

Arbeitslosen Mitgliedern wird nach dreiwöchentlicher Karenzzeit und bei zwölfmonatlicher Mitgliedschaft pro Tag 50 Pfg. Unterstützung 80 Tage lang gewährt.

Antrag der Rechtskommission.

Sämmtliche Gesuche um Rechtsschutz sind an die Rechtsschutzkommission einzuschicken. Mithin soll ferner kein Zweigvereinsvorstand befugt sein, Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren.

Badische Fabrikinspektion 1897.

U. Des Besie am badischen Fabrikinspektionsbericht war von jeher seine Pünktlichkeit, mit welcher er regelmäßig im Anfange des Februar erscheint, und die angenehm abticht gegen die Verzögerung bis Mitte Juli, die wir bei den Berichten des größten deutschen Einzelstaats gewöhnt sind. Außer diesem Vorzuge werden dem badischen Bericht alljährlich noch eine Reihe anderer nachgerühmt, darunter vor Allem die liebevolle Vertiefung bis in die kleinsten, scheinbar nebensächlichen Punkte, und der arbeiterfreundliche, mindestens wohlwollende Geist, der den ganzen Bericht durchweht. Uns will es jedoch bedünken, als ob viele der Lobredner des badischen Berichts in den umgekehrten Fehler der Tadler verfallen, indem sie loben, weil jene tadeln. Gewiß erheben sich die gerühmten Vorzüge unbestreitbar über die Leistungen der Durchschnittsbureaukratie und ganz besonders über die preussischen und sächsischen Berichte. Das erscheint uns jedoch mehr selbstverständlich als rühmendwerth und darf nicht dazu verleiten, den badischen Bericht, wie dies mehrfach geschehen, als Musterbericht hinzustellen. Was jedoch die wohlwollende Behandlung der Arbeiterbestrebungen anbelangt, so trägt dieselbe bedenklich das Gepräge jener bekannten Arbeiterfreunde, die sich eifrig für die Gewerkschaftsbewegung erwärmen, um sie von der Sozialdemokratie abzulösen und in ein bürgerliches Fahrwasser zu lenken. Der Gegensatz zwischen Doktor Wörrishofer und z. B. dem Dresdener Gewerberat Siebdrath ist nicht größer, als der zwischen Herrn v. Berlepsch und Graf Hofadomsky, und die Berührungspunkte beider sind weit näher als die Differenzen. Dem widerspricht nicht, daß schon die Art und Weise, wie der badische Fabrikinspektor auf die Beschwerden und Organisationsbestrebungen der Arbeiter eingeht, den Stimmungen ein Creuel ist, wie diese überhaupt jeder energischen Inspektion abhold sind. Die Arbeiter jedoch haben daraus keinen Grund, sich mehr als nöthig

für den badischen Fabrikinspektor zu erwärmen; sie können das Entgegenkommen desselben acceptiren, soweit sie ein solches zu fordern berechtigt sind, ohne aber zu vergessen, daß dieses Entgegenkommen eine Schranke findet, über die hinaus es sich in direkte Gegnerschaft verwandelt.

Aber noch ein Anderes berührt uns wenig erfreulich an dem Berichte des Dr. Wörrishofer, — das ist der kleinliche Standpunkt, den derselbe in den wichtigsten Reformfragen einnimmt. Wir vermiffen eine rückhaltlose Erklärung für oder gegen solche Reformen, die wahrlich in der öffentlichen Diskussion zur Genüge erörtert und geklärt sind, daß ein Fabrikinspektor sich über seine Stellungnahme dazu klar geworden sein müßte. Statt dessen stoßen wir im badischen Bericht auf so zahlreiche Einwände und Ausflüchte, die eher alles Andere als den entschiedenen Reformen kennzeichnen. Am auffälligsten ist die Haltung der badischen Fabrikinspektion in der Frage der Anstellung weiblicher Inspektoren, welche jedenfalls zum guten Theile bewirkt hat, daß Baden in der Ausführung dieser Reform gegenüber Hessen und Bayern im Rückstande geblieben ist. Dr. Wörrishofer hat ebensoviele Gründe dagegen, wie dafür, und vor Allem glaubt er aus dem Umstande, daß die männlichen Arbeiter so selten mit den Beamten in unmittelbar persönlichen Verkehr treten, weil sie für ihre Existenz fürchten, folgern zu müssen, daß dies auch weiblichen Beamten gegenüber von Seiten der verschüchterten und gedrückten Arbeiterinnen noch in geringerer Maße der Fall sein werde und daß die Anstellung weiblicher Beamte für Baden deshalb als verfrüht zu erachten sei. Wenn das ein Argument sein soll, so spräche das eben so sehr gegen die Fabrikinspektion überhaupt, die doch auch nicht davon abhängig ist, daß die Arbeiter mit den Aufsichtsbeamten diskuriren, sondern davon, daß die Beamten in sachverständiger Weise ihre Pflicht erfüllen, die Befolgung der Arbeiterschutzvorschriften zu überwachen und Einrichtungen zu Gunsten der Arbeiter zu veranlassen. Das soll auch vor Allem die Aufgabe der weiblichen Beamten sein, deren Anstellung deshalb unerlässlich ist, weil die Frau bei den Revisionen viel leichter herausfindet, was für ihre Geschlechtsgenossinnen dienlich oder nachtheilig ist, als der Mann. Gewiß trägt eine innige Fühlung mit der Arbeiterschaft viel zur Durchführung des Arbeiterschutzes bei, aber es ist irrig, anzunehmen, diese Fühlung müsse immer eine unmittelbare sein. Auch die Fabrikinspektorin kann des Vermittlungsgliedes der Arbeitervertrauensperson nicht entbehren, denn Beamte bleiben den Arbeitern bis zu einem gewissen Grade immer fremd, so lange sie nicht von diesen selbst gewählt werden. Auch der Umstand, daß die Arbeiterschaft mit den Vertreterinnen des badischen Frauenvereins so wenig Fühlung suchte, kann kein Grund sein, die Anstellung weiblicher Beamte hinauszuschieben; dies beweist im Gegentheil, daß die Arbeiterinnen zu diesen Vertreterinnen ob ihrer Zwitterstellung kein Vertrauen haben, da diese nur vorgeschoben wurden, um die Bewegung für Anstellung weiblicher Beamte abzuschwächen, genau so, wie man es in Württemberg mit Diakonissen versucht hat. Und wenn Dr. Wörrishofer der Arbeiterschaft den Vorwurf macht, daß sie nicht einmal den Versuch gemacht habe, den bürgerlichen Mittelpersonen eigene Vertreterinnen gegenüber zu stellen, so mag diese Indifferenz auf Gründen beruhen, die wir nicht klar übersehen können. Die Gewerkschaftspresse hat es an diesbezüglichen Anforderungen nicht fehlen lassen — aber die mangelnde Organisation und die Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen mag einem solchen Vorgehen hinderlich gewesen sein. Hoffentlich wird das Veräumte nachgeholt, denn die Haltung der badischen Inspektion beweist, daß der Arbeiterschaft die Reformen nicht auf dem Präsentirteller entgegengebracht werden, sondern daß sie erkämpft werden müssen.

Ebenso ungewiß ist die Stellungnahme des badischen Fabrikinspektors zu der durch die vorjährigen Erhebungen aufgeworlenen Frage der Erweiterung des sanitären Arbeiterschutzes. Bekanntlich hat die Regierung auf Grund eines Reichstagsbeschlusses vom 19. Februar 1897 Erhebungen über die übermäßige Arbeitszeit und die dadurch bewirkten Gesundheits-schädigungen der Arbeiter in gewerblichen Betrieben

angeordnet, sowie um Mittheilung der Wahrnehmungen und etwaigen Reformvorschläge ersucht, wobei die Ein- führung eines sanitären Maximalarbeitstages im Bren- n- punkt des Interesses steht. Die Inspektion hat sich daher mit den Bezirksärzten und den Vorständen von Ortskrankenkassen und gewerkschaftlichen Krankenunter- stützungskassen in Verbindung gesetzt, um die nöthigen Anhaltspunkte zu gewinnen, und dieselben durch ihre eigenen, freilich nur auf Fabrikbetriebe bezüglichen Wahrnehmungen ergänzt. Dabei war nun, wie auch anderwärts, zu bemerken, daß die Aerzte in über- wiegender Mehrzahl mit ihrem Urtheil sehr zurück- hielten und gewöhnlich die Frage nach Gesundheits- schädigungen kurz verneinten, während die Klassenvor- stände, soweit sie aus Arbeitern bestanden, eingehendere Angaben darüber machten und der Ansicht waren, daß Reformen nothwendig seien. Uebereinstimmend ver- neinten die Klassenärzte von Fabrikkrankenkassen die Kenntniß übermäßiger Arbeitszeit und daraus resul- tirender Gesundheitschädigungen, — was ihrer Stellung nach gar nicht wunder nehmen kann. Die Inspektion nahm daher von einer Befragung der Betriebsklassen- vorstände Abstand, da sie aussichtslos gewesen wäre. Was nun die Ergebnisse dieser Erhebung anbelangt, so glaubt Dr. Wörrishofer zunächst auf Grund eigener Wahrnehmungen die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in Spinnereien, Webereien und Zigarrenfabriken als der Verkürzung auf 10 Stunden und der Feststellung von Vor- und Nachmittagspausen bedürftig, weil in diesen Industrien die gesundheitlichen Nachteile auf den weib- lichen Organismus unentfernbar wären. Von den männlichen Arbeitern dieser Industrien verlautet jedoch nichts. Unter anderen, vorzugsweise Männerberufen mit länger als 11stündiger Arbeitszeit, werden besonders die Industrie der Steine und Erden, Metall- und Maschinenindustrie, Textil-, Papier- und Holzindustrie, sowie die Bierbrauerei hervorgehoben; in letzterer kommen länger als 11stündige Arbeitstage in 23 von 32 Fabrikbetrieben (72 Proz.) vor. Der Bericht ver- weist dabei noch auf die häufige Ueberarbeit und die 2t lange Dauer der Wechselschichten in den auch Sonntags im Gang gehaltenen Tag- und Nachtbetrieben, die oft 18 und 24 Stunden währen und nicht selten mehr als einmal in der Woche denselben Arbeiter treffen. Besonders ungünstig sei, daß es sich dabei meist um sehr ungesunde Beschäftigungen handelt. Zu bestimmten Vorschlägen kommt aber der Bericht eben- so wenig, als hinsichtlich der Straßenbahnangestellten, deren lange, pausenlose Arbeitsschichten nachgerade sprichwörtlich geworden sind.

Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1848.

Ein Beitrag zur Geschichte des „tolten Jahres“. Von B r u n s.
(Fortsetzung.)

Inzwischen begannen sich die Berliner Arbeiter zu organisiren, indem in den verschiedenen Branchen Ver- treter ernannt wurden, die zu einer Deputations- versammlung zusammentraten; Born, der Delegirte der Schriftfeger, erhielt den Vorsitz und leitete diese Versammlung in vorzüglicher Weise, so daß selbst die liberale Presse sich lobend darüber aussprach. Aus der Deputirtenversammlung heraus bildete sich ein Zentralkomitee, das seinerseits wieder einen geschäfts- jährlichen Ausschuß von fünf Personen wählte.

Als die Bourgeoisie sah, daß die Arbeiter ihre eigenen Wege gingen, wurden Versuche gemacht, die unterbrochene Verbindung wieder herzustellen. Von konservativer Seite her trat der bekannte Geheimrath Lette an die Deputirtenversammlung heran und suchte die Arbeiter zu überreden, die beabsichtigte Organisation im Verein mit den Unternehmern zu bilden. Nach einem Vortrage von Born, worin er den Lette'schen Ausführungen, weil sie unpraktisch seien, entgegentrat, wurde der Vorschlag verworfen. Ebenso wenig Glück hatten die im „Politischen Klub“ vertretenen radikalen Bourgeois mit ihrem Arbeiterfang; die von ihnen ein- berufene „Arbeiterversammlung“, in der bürgerliche Elemente das große Wort führten, wurde von Born und seinen Genossenschaftsgenossen einfach unbeachtet ge- lassen. Auch die Bestrebungen des „Konstitutionellen Klubs“ hatten keinen Erfolg. Die neue Arbeiterpartei ging unbeeinträchtigt, ohne nach rechts oder links zu blicken, ihres Weges weiter; selbst die extrem-kommunistischen Agitationen, deren Hauptvertreter damals der 20jährige Fabrikantensohn Adolf Schläffel war, fanden in Arbeiterkreisen wenig Anhang; der von letzterem herausgegebene „Volkstempel“, eine Zeitung, die die kommunistischen Ideen vertrat, hatte nur 150 Abonnenten. Nicht viel besser ging es dem großen Utopisten und kommunisten Wilhelm Weitling, der nach Berlin kam und dort eine Zeitung „Der Urvähler“ herausgab, die jedoch schon nach der fünften Nummer wegen Abon- nentenmangels eingehen mußte.

Als die Wahlen zum preussischen Landtage und zum Frankfurter Parlamente ausgeschrieben wurden, zeigte die neue Arbeiterpartei keinen Augenblick, sich daran zu betheiligen. Aus taktischen Gründen schloß sie ein Wahlkompromiß mit der radikalen Demokratie und stellte als ihren Kandidaten den Bergolder Bischof, Vizepräsidenten des Berliner Zentralkomitees, auf, der dann auch — wenn auch nur als Stellvertreter — in die preussische Kammer gewählt wurde. Dieser geringe Erfolg entwürdigte jedoch die Partei nicht, sondern seetzte sie zu neuer Arbeit an. Es wurde jetzt vom 1. Juni an eine dreimal wöchentlich erscheinende Zei- tung „Das Volk“, herausgegeben, deren Redaktion

Born übernahm; zu gleicher Zeit erließ das Komitee einen Aufruf an die gesammte Arbeiterbevölkerung Deutschlands zur Gründung fachgewerblicher Vertre- tungen, was den Erfolg hatte, daß sich in verschiedenen Städten Arbeitervereine, wenn auch nicht gerade nach Born'scher Schablone, bildeten. In Hamburg und Leipzig wurden Zentralkomitees nach dem Muster des Berliner ins Leben gerufen, während anderswo, wie z. B. in Breslau, der zweitgrößten Stadt Preußens, das Fachgewerbliche bei der Bildung der Vereine etwas mehr in den Hintergrund trat. In letzter Stadt zählte der Arbeiterverein bald 1200 Mitglieder und hatte sein eigenes Organ, den „Volkspiegel“, an dessen Stelle die Redaktion später die „Fliegenden Blätter“ setzte. Es wurden im Verein und seinem Organ sehr radikale Forderungen gestellt und erklärt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes, womit sich die Berliner damals noch zufrieden gaben, durch- aus nicht genüge; es müsse vielmehr eine allmähliche Expropriation (Enteignung) der Kapitalisten eingeführt werden; wenn diese nicht freiwillig auf den Besitz ihres Privilegiums verzichten wollten, so müsse ein un- barmherziger Krieg gegen die Bourgeoisie, die „Blücher der weißen Sklaven“, geführt werden. Auch die konstitutionellen Erwerbschaften, wie die Pressefreiheit und andere schöne Sachen, nütze dem Proletariat wenig, so lange es am Hungertuche nage. „Gebt dem Volke sein Recht, Bourgeois!“ so schrieb die Zeitung, „schafft die Sklaverei der Arbeit ab, so merdet Ihr Ruhe und Frieden haben! Sträubt Ihr Euch dagegen, so wird sich der Arbeiter sein Recht nehmen, ob auf gesetzlichem Wege oder auf ungesetz- lichem, das ist durchaus gleichgültig; die Hauptsache ist, daß er Recht bekommt.“ Bei einem solchen Stand- punkte ist es nicht zu verwundern, daß das Tafeltuch zwischen der Bourgeoisie, die sich damals im frei- sinnigen Liberalismus verkörperte, und der Arbeiter- klasse radikal durchschnitten wurde. Dem Liberalismus wird vorgeworfen, „seine innere Hohlheit und Falsh- heit, seine gedehnte Selbstgerechtigkeit und Born- heit, seine wahrhaft göttliche Unverschämtheit im Ignoriren oder Wegleugnen von Thatsachen, die ihm vor aller Welt ins Gesicht schlagen, sein ekelhaftes Maulhelden- thum, sein widerliches Kokettiren und Buhlen um die Volksgunst und vor Allem seine schamlose Selbstsucht, in Folge dessen er das politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse ist, die an der Stelle des Herzens den Geldsack trägt und keine anderen Interessen kennt, als die des Kapitals.“

Könnte man diese Schmeichelworte nicht auch den heutigen Liberalen ins Album schreiben? Und darf man nicht billiger Weise den Scharfblick des Verfassers bewundern, der bereits damals die liberalen Volks- und Freiheitsfreunde auf Herz und Nieren geprüft hatte? Ist es aber endlich nicht höchst bedauerlich, daß es noch heutzutage, nach 50 Jahren, Arbeiter giebt, die sich vom Liberalismus ins Schlepptau nehmen lassen?

Der Breslauer „Arbeiterverein“ hatte den Erfolg, daß seine beiden Kandidaten, der Professor Nees von Esenbeck, der geistige Führer des Vereins, und der Schriftfeger Brill in die preussische Kammer gewählt wurden.

Mittlerweile regte sich in den in den verschiedenen Städten gebildeten Arbeitervereinen der Drang nach Zentralisation; dieser Drang fand neue Nahrung, als die selbstständigen Handwerksmeister sich gleichfalls zu organisiren begannen. Vom 2. bis 6. Juni 1848 fand in Hamburg ein Kongreß von Vertrauensmännern norddeutscher Handwerksmeister statt, an dem sich auch Gesellenvertreter betheiligten; es kam zwischen beiden Gruppen zu sehr erregten Debatten, und die Meister schoben die Gesellen bei Seite. Eine etwas entgegen- kommende Haltung nahm der am 18. Juni in Berlin tagende Handwerker-Kongreß ein, wogegen der am 15. Juli in Frankfurt a. M. stattfindende Kongreß die Gesellenvertreter einfach zurückwies. Die an- wesenden Gesellen konstituirten sich auf der Stelle als „Gesellensongreß“, der später den Namen „Arbeiter- kongreß für ganz Deutschland“ annahm; unter dem 3. August richtete dieser Kongreß eine Adresse an die Frankfurter National-Versammlung, worin u. A. die Einführung eines zwölfstündigen Arbeitstages (incl. Frühstücks-, Mittags- und Vesperpauze), die gesetzliche Festlegung eines Mindestlohnes und die Gründung einer großen, nationalen Invalidenkasse gefordert wurden.

Am 23. August wurde in Berlin der erste deutsche Arbeiterkongreß eröffnet, an dem sich, außer einigen Frankfurter Delegirten, die drei Zentralkomitees für Arbeiter (zu Berlin, Leipzig und Hamburg) und 29 Arbeitervereine durch ihre Vertreter betheiligten; außerdem waren Zuseher von 9 Vereinen, darunter auch vom deutschen Klub in Brüssel, eingelaufen; nicht betheiligt hatten sich Kurheffen, Ossen-Kassau, Braun- schweig, Oldenburg und Bremen. Zum Vorsitzenden wählte man den Professor Nees von Esenbeck, zum Stellvertreter Schriftfeger Born und zum Schriftführer Bergolder Bischof. Der Kongreß währte zehn Tage, bis zum 3. September. Es wurde beschlossen, in jedem Orte Deutschlands sollten die Arbeiter der verschiedenen Gewerbe Vertreter in ein Lokalkomitee wählen; aus den Delegirten der letzteren sollte ein Bezirkskomitee gebildet werden und an die Spitze aller dieser Komitees sollte ein Zentralkomitee, mit dem Sitze in Leipzig, treten. Die Aufgaben dieser verschiedenen Komitees waren mannigfaltiger Art und ihre Formulirung zeugt von einer für die damaligen Verhältnisse bewunderungs- würdigen Umsicht; sie erstreckten sich auf die Lohn- und

Arbeitsbedingungen und zogen auch Wohnungs-, Er- ziehungs- und Genossenschaftsfragen in den Bereich ihrer Thätigkeit. Alle diese Aufgaben suchte man auf dem Wege der Selbsthilfe zu erreichen, stellte aber auch gleichzeitig die Forderung auf Unterstützung seitens des Staates; vom Staate verlangte man u. A. Festsetzung der Militärdienstzeit auf ein Jahr, Anerkennung der Arbeiterorganisationen und Gewährleistung des unbe- schränkten Koalitionsrechts, Aufhebung des Ehekonfesses und Einführung der Freizügigkeit, Beschränkung der Zuchthausarbeit und der Lehrlingszuchterei, Abschaffung der indirekten Steuern, Wahl der Werkführer in Fa- brik- und Werkstätten durch die Arbeiter, Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages und endlich Verbot der Kinderarbeit in Fabriken und beim Hausir- handel, in Werkstätten dagegen nur aus erzieherischen Gründen.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenzen.

Braunschweig. Dienstag, den 1. März, fand in unserem Vereinslokale unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung: „Eingehen von Beiträgen und Aufnahme neuer Mitglieder“, erledigt war, wo sich zwei Kollegen aufnehmen ließen, erhielt zum 2. Punkt Kollege Wehle-Hannover das Wort zu einem Vortrage über „Die Vermehrung der Unfälle im Brauereigewerbe, deren Ursachen und ihre Beseitigung“. Redner verstand es in vorzüglicher Weise, den Anwesenden klar zu machen, daß die Unfälle in unserem Gewerbe größtentheils auf die Ueberanstrengung und die daraus folgende Erschlaffung der Kräfte des Arbeiters zurückzuführen sind. Diesem Mißstande kann nur eine starke Organisation abhelfen; darum ist es Pflicht eines jeden Brauereiarbeiters, sich dem Verbandsangehörigen und ge- meinsam mit den organisirten Arbeitern für die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzusetzen. — Bei Punkt 3 wurde seitens der Versammelten Abstand genommen, Anträge zu stellen, da bereits so viele Anträge gestellt sind, daß selbst der kleinste Mißstand zur Sprache kommen dürfte, und bei der Wahl eines Delegirten wurde der Vorschlag einer größeren Zahlstelle angenommen. Unter Punkt 4 wurden für die verschiedenen Brauereien Vertrauensmänner gewählt und ein Antrag, im Mai gemeinsam mit der hiesigen Zahlstelle der Böttcher ein Vergnügen abzuhalten, einstimmig angenommen. Nachdem noch einzelne kleine Punkte erledigt waren, erfolgte um 11 Uhr Abends Schluß der Versammlung.

Dortmund. Nach Eingehung der Monatsbeiträge und Aufnahme neuer Mitglieder, wobei wieder sechs Neuaufnahmen zu verzeichnen waren und sich außerdem noch fünf Mann un- schreiben ließen, ging man zu Punkt 2 der Tagesordnung: Vortrag des Genossen Kröger über Kapital und Handwerk, über. Derselbe schilderte in beredten Worten den Unterschied zwischen der besitzenden und arbeitenden Klasse; sowie das Benehmen der ersteren den Arbeitern gegenüber. Hierauf folgte die Wahl eines Delegirten zum Delegirten tag in Stuttgart. Es wurden Kollege Auf-Buchum und Kollege Hausladen-Essen vorge- schlagen. Da sich unter „Verschiedenem“ Niemand zum Worte meldete, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung, in das die anwesenden Kollegen begeistert einstimmten, die sehr gut besuchte Versammlung.

Erfurt. Das schlechteste Jahr ist das 94. gewesen, wo der Verein bald Gefahr gelauten war, seine Fahne, dieses kost- bare Kleinod, in unbedenken Hände übergeben zu sehen. Dank der Gesinnung einer kleinen Schaar wirklicher Brauer ist dies nicht gelungen. — diese Worte entzogen sich unter Anderem seiner Brust, als er, der Vorsitzende der hiesigen Bundes- gesellen, Merkel, am Stiftungsfeste die Erschienenen mit einer Rede begrüßte. Der biedere Festredner und wirkliche Bier- brauergeselle in Erfurt hat mit diesem Blech offenbar dokum- mentiren wollen, daß die für jenen Abend zur Verfügung stehende reichhaltige Weintarte in verschiedenen Köpfen bereits ihre Wirkung ausübte. Denn daß das Jahr 94, wo unter dem hiesigen Brauereipersonal die Erkenntniß und das Selbst- bewußtsein erwachte und so den Anfang zu verschiedentlichen Verbesserungen bildete, das schlechteste sein soll, das kann auch nur ein Bundesgeselle vom Genre Merkel's behaupten. Es charakterisirt dieser Ausspruch übrigens das ganze Wesen des Bundes, der ja stets über errungene Verbesserungen Gift und Galle speit. Wie erheben mußte nicht auch für die An- wesenden die Bezeichnung „Kleine Schaar wirklicher Brauer“ sein. Insbesondere für die, welche in dem bösen Jahr 94 noch dem Bewußtsein folgten, mitzuarbeiten an der Besserung unserer Verhältnisse und die nun heute als artige Bundesgesellen von ihrem Präses vielleicht in die Kategorie der Schnapsbrenner verlegt würden, denn sie gehörten zur be- zeichneten Zeit eben auch nicht zu der kleinen Schaar wirklicher Brauer. Bei dieser Gelegenheit kommt uns auch ein Gebänd- niß des Herrn Direktors' Ampt der Aktienbrauerei ins Gedäch- niß. Derselbe äußerte gelegentlich einmal, als er auf das Ausstellen seiner Wähler nach Schluß der Kampagne aufmerk- sam gemacht worden war: „Ach was, wozu brauche ich Brauer in meiner Brauerei, Tagelöhner leisten dieselbe Arbeit.“ Gewiß eine hübsche Satyre auf das Privileg der wirklichen Brauer. Zu seiner Beruhigung können wir dem wirklichen Bierbrauer- gesellen Merkel verrathen, daß, soweit wir die Stimmung kennen dürften, es keine unbedenken Hände giebt, die gierig nach dem theueren Kleinod langen möchten, wenn auch manche derselben Beiträge dazu geleistet haben. — Es hieße dem albernem Geschwäg Bedeutung beimessen, wollte man noch näher darauf eingehen. Wenn der wirkliche Bierbrauer- geselle noch weiter redet, da kann er es noch recht weit bringen.

Halle. Die Agitations-Kommission hielt am Sonntag, den 13. März, ihre Jahreskonferenz ab. Vertreten waren die Städte Halle, Dessau, Eisenburg und Halberstadt. Nicht ver- treten waren Leipzig und Magdeburg, letztere Stadt entschul- digt. Zum ersten Punkt erstattete Peuler-Halle den Geschäfts- und Kasienbericht; letzterer ergab eine Einnahme von 169,55 Mark, sowie eine Ausgabe von 100,05 Mark, mithin einen Kasienbestand von 69,50 M. Ferner betonte Peuler, daß die Kommission es sich hauptsächlich zur Aufgabe gemacht hat, überall dort Boden zu fassen, wo bis jetzt die Kollegen dem Verbands noch nicht zugänglich waren, und es sei ihr auch in den meisten Orten gelungen, durch das systematische Agitiren, Ge- folge zu erringen. Sämmtliche Delegirte waren mit dem Kasienbericht, sowie mit der Agitation der Kommission voll- ständig zufrieden und sprachen sich nur dahin aus, daß auf diesem Gebiete nie zu viel gethan werden kann. Punkt 2: Bericht der Delegirten über die Situation an den einzelnen Orten. Aus diesem ist zu entnehmen, daß die Organisation im stetigen Wachsen begriffen ist. Punkt 3: Allgemeine Agi- tation. Es wurde von allen Delegirten der Wunsch laut, daß bei Agitationstouren die Zahlstellen rechtzeitig davon unter- richtet werden sollen, damit man sich früh genug orientiren kann, um so den Zweck einer solchen Tour erspriechlicher zu ge- stalten. Punkt 4: Delegirtenträge und Verbandsfest. Erstere wurde einer lebhaften Debatte unterzogen und einigte man sich dahin, daß nicht immer ein und dieselbe Person den Wahlkreis vertreten soll, sondern der Reihenfolge nach von den Zahl- stellen ein Mitglied zu dem Delegirten tag gewählt werden

18. Betreffs eines Verbandsfestes ist der Wunsch schon öfters laut geworden, ein solches abzuhalten, und waren sämtliche Delegirte, damit einverstanden, dieses ihren Mandanten zu unterbreiten. Als Ort, wo dieses Fest abgehalten werden soll, ist für dieses Mal Halle aussersehen worden. Die Agitations-Kommission soll weiter in Halle ihren Sitz behalten. Unter Verschiedenem wurden von den einzelnen Delegirten mehrere Fragen und Wünsche vorgebracht, welche rasch erledigt wurden, und schloß der Vorsitzende dann mit einem kräftigen Appell an die Delegirten und Gruß an die Zahlstellen die Jahres-Konferenz.

Hannover. Donnerstag, den 17. d. Mts., fand im oberen Saale des „Ballhofes“ eine Mitgliederversammlung statt. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: „Aufnahme neuer Mitglieder und Einziehung der Beiträge“, waren schnell erledigt und wurde sodann vom Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, das ohne Widerspruch angenommen wurde. Es wurde nun das Resultat der Wahl zweier Delegirten zum Verbandsstage bekannt gemacht, und zwar seien auf Bauer 312, Kleinert 194, Barthels 76, Brandt 44, Sippauer-Silbesheim 28, Bider 26 Stimmen. Somit sind Bauer und Kleinert als Delegirte gewählt. Sodann stand auf der Tagesordnung: „Billige Arbeitskräfte“. Kollege Bauer wies darauf hin, daß speziell auf der Lindener Aktien-Brauerei die Praxis verfolgt würde, an Stelle der gelerntsten Leute billigeren Hilfsarbeiter einstellen zu wollen, die für einen äußerst geringen Lohn die schwersten Arbeiten machen müßten, die sonst von Bräuern oder vollbezahlten Hilfskräften gemacht worden wären. J. B. hätten die jüngeren Leute im Flaschenkeller das Aus- und Einkellern verrichten müssen. Junge, nicht der schweren Arbeit gewohnte Leute hätten sich bei 12 Mark Lohn mit den schweren Fässern, die 50-70 Zentner wiegen, den ganzen Winter abquälen müssen, ganz abgesehen von der Gefährlichkeit dieser Arbeit, die nach den Bestimmungen der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft nur von sachkundigen Leuten ausgeführt werden soll. Ebenfalls habe das Ueberstundenwesen, richtiger Unwesen, einen unheimlichen Charakter angenommen; es scheine fast, als ob es ohne Ueberstunden auf der Lindener Aktienbrauerei überhaupt nicht mehr ginge. Wo bliebe da die vereinbarte zehnstündige Arbeitszeit? Sie werde einfach illusorisch, denn wenn fast jeden Tag 13-16 Stunden gearbeitet werden müßten, dann könne von einer 10stündigen Arbeitszeit überhaupt keine Rede mehr sein. Diese unvernünftige Schusterlei habe hauptsächlich ihre Ursache darin, daß die Brauerei am Schluß des Jahres dem Personal einen Selbstbetrag als sogen. Gratifikation überweise. Das geschehe aber nach Redners Ansicht nur aus Spekulation; denn aus reiner Nächstenliebe würde die Lindener Brauerei keinen Pfennig für ihre Leute hergeben. So wurden noch viele andere mißliche Sachen zur Sprache gebracht, die man des Raumes halber hier gar nicht alle anführen kann. Die anwesenden Lindener Kollegen bestätigten das vom Kollegen Bauer Angeführte in vollem Maße. Der Vorsitzende betonte, daß bei einigermaßen gutem Willen die Lindener Aktien-Brauerei sämtliche Mißstände beseitigen könne, zumal die Direktion ja immer mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit prahle. Es wurde dann ein Antrag gestellt, den Vorstand zu beauftragen, in Linden eine Versammlung der Lindener Kollegen einzuberufen und den Braumeister Neißmann mit einzuladen, um die Sache in die Hand zu nehmen, damit baldigt Abhilfe geschafft werde. Der Antrag wurde angenommen. Beim 5. Punkt: „Diskussion über die uns am wichtigsten erscheinenden Anträge der einzelnen Zweigvereine“, hob Kollege Wiehle hervor, daß das Material zu dem diesjährigen Verbandsstage ein äußerst reichhaltiges sei und daß man genau prüfen müsse, welche Anträge für den Verband auch von wirklichem Nutzen wären. Es seien einige Anträge gestellt worden, die lieber gar nicht hätten eingebracht werden sollen, denn diese würden bei event. Annahme für den Verband von großem Nachtheil sein. Verschiedene dieser Anträge kritisierte Wiehle in scharfer Weise. Unter „Verschiedenem“ wurde angefragt, wann das Arbeitersekretariat in Funktion treten würde. Kollege Kleinert gab darüber die nöthige Auskunft. Vom Kollegen Beckner wurde gesagt, daß die Versammlungen so spät eröffnet werden. Es wurde beschlossen, fernerhin schon um 8 1/2 Uhr mit den Versammlungen zu beginnen. Um 1/2 12 Uhr war hierauf Schluß der Versammlung.

Heilbronn. Zu den Ausführungen vom Kollegen Krieg in Nr. 12 unseres Fachorgans möchten wir Nachstehendes bemerken: Eine Beitrags-Erhöhung würde für sämtliche kleineren Zahlstellen Süddeutschlands einen Rückschlag bedeuten. Obwohl wir zugeben, daß eine erhöhte Arbeitslosen-Unterstützung dem Verbands viele Mitglieder zuführt, so ist doch gleichzeitig bewiesene Thatsache, daß bei höherer Beitragsleistung nicht bloß viele Kollegen, welche von den kleineren Orten, wo zur Zeit Organisationen gegründet sind und dieselben diesen angehört, fortgehen, aber wieder gezwungen werden, in Landorten zu arbeiten, auszuwandern, sondern auch für neue Mitglieder in den Landbrauereien gar keine Aussicht mehr vorhanden ist. Es muß aber zunächst doch ganz sicher unsere Hauptaufgabe sein, in denjenigen Gegenden, wo die Verhältnisse sowohl in Arbeit als auch Lohn am schlechtesten sind, Mitglieder zu gewinnen, denn dadurch werden wir unsererseits vor den gefährlichen Streikbrechern geschützt, und andererseits können wir doch darauf eifernd rechnen, daß wir solcher Verhältnisse schaffen können, welche dazu beitragen, daß alle Kollegen überhaupt in den Stand gesetzt werden, Beiträge leisten zu können. Denn Derjenige liegt uns näher, welcher in den Verband eintritt, um bessere Zustände zu schaffen, als Jener, der darauf rechnet, um bei eintretenden Streikfällen die Verbandskasse als höchstes Hilfsmittel zu betrachten.

Silbesheim. Schon lange ist es her, daß wir etwas von uns hören ließen. Deshalb wirkte die Organisation doch um so eifriger und machte eifrigst darüber, daß von dem Erträngen uns nichts abgewartet wurde; im Gegentheil wurden in den hiesigen Geschäften noch einige Verbesserungen erzielt, so auf der Mauritius-Brauerei die 10stündige Arbeitszeit und ein Minimumlohn von 25 Mark und Anderes mehr. Am Sonntag, den 13. d. Mts., fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, Nachmittags 1/5 Uhr eröffnete der Vorsitzende Kolher die gut besuchte Versammlung. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, welches für richtig befunden wurde, schritt man zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Einfassung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder“, welches in gewohnter Weise rasch erledigt wurde. Es ließen sich zwei Mann aufnehmen. Unter Punkt 2 gab der Vorsitzende einen Ueberblick in klarer und verständlicher Weise über die letzte Sitzung des Gewerkschaftsrates. Außer verschiedenen kleineren Sachen hob er besonders die Gründung des Reichsbureaus hervor. Dasselbe hat den Zweck eines Arbeitersekretariats, nur in dem Umfange nicht wie ein solches, weil in Silbesheim nicht so viel organisierte Arbeiter beschäftigt werden, um die großen Kosten eines solchen zu tragen. Er forderte die Anwesenden auf, bei Streitigkeiten mit Krankenkassen, Invaliditäts- und Altersversicherung u. s. w. das Bureau zu benutzen; es befindet sich beim Genossen Wilhelm Schwerdtfeger, Judenstraße Nr. 5, und ist derselbe jeden Nachmittag zu sprechen. Nunmehr schritt man zu Punkt 3 der Tagesordnung: „Verbandsstag“. Hierbei entspann sich eine lebhafte, mitunter unregelmäßige Diskussion über verschiedene Punkte. Hauptächlich der Antrag Berlin-Damburg um Erhöhung der Beiträge brachte größere Erregung hervor. Es wurde sofort ein Gegenantrag gestellt. Der Antrag der Section der Hilfsarbeiter Hamburgs, betr. Tragung der Kosten bei Karaballage u. s. w. durch den Verband, rief einige Heiterkeit hervor. Bei der Wahl der Dele-

girten bemerkte Kollege S., daß durch die Eintheilung der Wahlkreise, wie gegenwärtig es der Fall ist, die kleineren Zahlstellen übervothert würden, und wurde dementsprechender Antrag gestellt, zu welchem sich noch verschiedene Kollegen ausprägten. Bei Punkt 4 der Tagesordnung: „Verschiedenes“, wurde von einem Kollegen zur Sprache gebracht, daß sich der Vorsitzende um eine Angelegenheit gekümmert habe, die ihn nichts angehe und ihm nur Noth und Schweiß einbringen könnte. Der Vorsitzende vertheidigte sich in scharfer Weise und wies den Angriff energig zurück. Daraufhin erfolgte Schluß der Versammlung um 1/2 7 Uhr. Offenlich hat die Versammlung dazu beigetragen, daß auch in Zukunft alle Mann für Mann für unsere gerechte Sache eintreten und agitieren, um immer mehr Kämpfer der Organisation zuzuführen.

Leipzig. Die Brauer und Berufsgeoffenen hielten Sonntag, den 13. d. M., eine öffentliche Versammlung im „Koburger Hof“ ab. Des schwachen Besuchs wegen ließ man den Vortrag des Herrn Dörfler, der über „Mordenes Gend“ sprechen wollte, ausfallen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab der Vertrauensmann, Kollege Stöcklein, einen Bericht über seine Thätigkeit, wonach der Gesamt-Einnahme von 357,40 Mark eine Gesamt-Ausgabe von 134,70 Mark für das Jahr 1897 gegenübersteht, so daß 222,70 Mark an den Zentral-Vorstand abgeliefert werden konnten. In Wirklichkeit stellt sich die Ablieferungssumme um etwa 20-25 Mark höher, da diese als Ausgabe für an Kol. Stöcklein, der Mitglied der Agitations-Kommission für Sachsen und Thüringen ist, gezahlte Auslagen an Reisekosten gebucht sind und ausgegahlt wurden. Das finanzielle Resultat war also für die hiesigen Verhältnisse kein ganz ungünstiges. Mit einem Appell an die Kollegen, kräftig zu agitieren und dem Zentral-Vorstand neue Mitglieder zuzuführen, damit das nächstjährige Ergebnis ein besseres werde, schloß Kollege Stöcklein seinen Bericht. In seinen weiteren Ausführungen wies er darauf hin, daß ihm seine jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr die Zeit ließen, sein Amt als Vertrauensmann weiter zu bekleiden und schloß Kollegen Leuschner an seine Stelle vor, der nach event. Bestätigung des Verbands-Vorstandes die Wahl anzunehmen erklärte. Von der Versammlung wurde der Vorschlag einstimmig angenommen. Als Delegirter zum Verbandsstag für die Einzelmitglieder von Leipzig, Zwickau und Chemnitz ward Kollege Max Kießer, Zwickau, empfohlen, ein bekannter und exprobrter Kollege, der ebenfalls vom Zentralvorstand auch bestätigt wird. Die hierzu an die hiesigen Einzelmitglieder in diesen Tagen abgehenden Stimmzettel sind ohne Verzug an den Vertrauensmann einzuliefern. Ein Antrag des Kollegen Pfeffer verlangt von dem Delegirten unseres Wahlkreises, bei event. Verlegung des Sitzes des Hauptvorstandes für Stuttgart oder Frankfurt a. M., desgleichen für den von Düsseldorf gestellten Antrag auf Unterstützung nach 14tägiger Arbeitslosigkeit zu stimmen. Unter „Gewerkschaftliches“ theilte Kollege Leuschner mit, daß von der hiesigen Behörde Ausmessungen und Untersuchungen in den Wohnungen derjenigen Logisinhaber vorgenommen wurden, die einzelne Räume ihrer Wohnung an Schlafgänger z. vermieteten. Es wird in dem „Regulativ für Zehloermietungen“ im § 8 für jede in dem betreffenden Wohnung schlafende Person mindestens 10 Kubikmeter Luft-raum und mindestens 3 1/2 Quadratmeter Bodenfläche des Schlafraumes verlangt, die Betten dürfen nicht übereinander gestellt werden. Die Kollegen werden ersucht, die ihnen in den Brauereien zugewiesene sogenannte „freie Wohnung“ zu prüfen, wo Verstöße gegen das Regulativ vorkommen, um Hilfe zu verlangen, oder sich an das „Statistische Amt der Stadt Leipzig“, Vorsteher Dr. Gasse, Thomaskirchhof 25, 1. St., Zimmer Nr. 10, zu wenden. Welche unendlichen Annehmlichkeiten die von den Bundesgeoffenen so oft gerühmte „freie Wohnung“ in den Brauereien mit sich bringt, zeigt wieder einmal folgender Fall. Jeder nach 10 Uhr Abends das Thor Passirende hat in der hiesigen „Bereins-Brauerei“, die einen Oskar König als Kellermeister zu besitzen die Ehre hat, an den Portier eine Gebühr von 10 Pf. zu entrichten. Um sich diese zu erhalten, nahm der Kollege S., als er nach 10 Uhr mit seinem Haufen fertig war, den Weg durch ein Malgattenthor, um auf die Straße zu gelangen. Doch der auf diese Weise beschrittene billige Weg zur Freiheit sollte ihm theuer zu stehen kommen. Denn der um seine 10 Pfennige betrogene Portier machte seinem Vorgesetzten Meldung von dem Durchdringer und dieser wurde schleunigst entlassen. Um aber den hierüber empörten Kollegen möglichst zu beschwichtigen, verschafften ihm einflußreiche Personen des „Bundes“ eine Stelle auf Verschreibung nach Eisenburg. Wie lange wird es noch dauern, bis die Kollegen zu der Einsicht kommen, daß das Wohnen außerhalb der Brauerei eine Hauptforderung für uns sein muß?

Magdeburg. Am Sonntag, den 6. März, fand im Lokale des Herrn Brausch unsere Monatsversammlung statt. Nachdem die Beiträge eingezogen und ein Kollege als Mitglied aufgenommen war, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Schriftführers und Kassirers“ übergegangen. Nachdem die Wahl per Affikamation vollzogen und die Kollegen versprochen hatten, das Amt nach Kräften zu verwahren, wurde die Wahl eines Delegirten zur Konferenz in Halle vorgenommen. Aus derselben ging Kollege Grund hervor. Auf dem vierten Punkt der Tagesordnung stand: „Stellungnahme zum Verbandsstage“. Von der Einbringung eigener Anträge wurde Abstand genommen, vielmehr wurden die bis dahin publizierten Anträge einer gegenseitigen Aussprache unterzogen. Die von der Versammlung für annehmbar anerkannten Anträge sollen dem Delegirten unseres Wahlkreises unterbreitet werden. Bei der Wahl eines Delegirten machte der Vorsitzende bekannt, daß er von Halle benachrichtigt worden sei, daß der Kollege Penker daselbst mit großer Majorität gewählt und zugleich auch uns in Vorschlag gebracht ist. Dieser Vorschlag wurde ebenfalls von der Versammlung akzeptiert, und ging Kollege Penker hier ebenfalls aus der Wahl hervor. Unter „Verschiedenem“ theilte Kollege Valentin noch mit, daß zwischen ihm und dem Vorsitzenden vom Bund eine gegenseitige Aussprache stattgefunden habe. Dabei habe er den Vorschlag gemacht, eine kombinierte Versammlung einzuberufen, wozu die eine Partei den Referenten und die andere den Korreferenten stellen solle. Den Bundesmitgliedern habe er das Recht gegeben, sich zu wählen, ob einer der Jüngeren das Referat oder Korreferat übernehmen will, da er überzeugt sei, daß seitens des Verbandes für jeden Fall die richtigen Personen gestellt werden können. Dieser Vorschlag sei von dem Vorsitzenden vom Bund soweit akzeptiert, daß er versprach, dies der Versammlung vorzulegen, da er das nicht allein machen könne. Den Beschluß wolle er ihm dann mitzuteilen lassen. Die Stelle als Kassirer behielt Kollege Lubensky, und als Schriftführer wurde Kollege Marx gewählt.

Niedermendig. Die bei Pölzer in Keunies am 6. d. M. stattgefundene Monatsversammlung war besser als die vorige besucht. Nach Bezahlung der Beiträge ließen sich 2 Kollegen in den Verband aufnehmen. Zu bedauern ist jedoch, daß verschiedene Kollegen noch vom Vorjahre mit ihren Beiträgen zurückblieben sind, und werden dieselben ermahnt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Prüfung der Abrechnung vom Vorjahre ergab, daß der Kassirer seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Derselbe legte sein Amt aber nieder und wurde für ihn Kollege Böhrer ernannt. Unter „Verschiedenes“ lag eine Beschwerde eines sich gemäßigert fühlenden Kollegen vor. Diese Sache wurde zur weiteren Verfolgung der Rechtschutts-Kommission übergeben. Ein von der Zahlstelle Düsseldorf eingelaufenes Schreiben, die Wahl des Kollegen König als Delegirten zum Verbandsstag zu unterstützen, wurde gutgeheißen.

Reichenbach. Vergangenen Sonntag fand in Wächter's Lokal eine öffentliche Versammlung der Einzelmitglieder der Zahlstelle Zwickau des Zentralverbandes deutscher Brauer und Berufsgeoffenen statt, welche hauptsächlich auch von der organisierten Arbeiterschaft Reichenbachs sehr gut besucht war. Unser Vertrauensmann, Genosse Robert Müller, referierte über die neuesten Vorkommnisse in der Brauerei Fischer. Nachdem schon Ende vorigen Monats unser Vertrauensmann Kollege G. Truy gemäßigert wurde, versuchte die Brauereileitung, die organisierten Brauer nach und nach hinweg zu grauen, wie die jetzt vorgekommene Degradierung des Gährführers O. Müller beweist. Derselbe war seit einem Jahre an diesem Posten und hatte sich hinsichtlich nichts zu schulden kommen lassen, mußte jedoch einem Brauschüler weichen, weil er das Verbrechen begangen hatte, sich der Organisation anzuschließen und derselben treu zu bleiben. Redner erwähnte weiter, daß durch Vermittlung der „Bundeszeitung“ ein Kollege von Berlin gekommen sei, welchem von Seiten der Brauereileitung der „ehrenvolle“ Auftrag wurde, die Verbandsmitglieder zu provozieren, um dann etwaige Redensarten dem Herrn Weierlein zu hinterbringen. Der junge Kollege hat aber das Unwürdige der ihm zugedachten Rolle eingesehen, sich der Organisation angeschlossen und ihn (den Redner) ermächtigt, seine Behauptungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. In der darauffolgenden Debatte wurde von allen Rednern das Gebahren des Brauereidirektors Herrn Weierlein einer sehr scharfen Kritik unterzogen und allgemein als verwerflich bezeichnet. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntniss von den Vorgängen in Fischer's Brauerei und den Handlungen des Direktors Herrn Weierlein. Derselben Erklärung der Organisation der Brauer nicht zu nahe zu treten, ist nicht zu glauben, wie die Entgehung des Gährführers Müller von seinem Posten und verschiedenes Andere beweist. Die Versammlung beschließt, durch eine Kommission Herrn Weierlein darüber zur Rede zu stellen und zu warnen für fernere derartige Vorfälle.“

In die Kommission wurden gewählt die Genossen Hammer, Mähler und Brauer Aug. Schubert, welchen auf den Weg mitgegeben wurde, Herrn Weierlein zu bedeuten, daß die organisierte Arbeiterschaft Reichenbachs sich solidarisch mit den organisierten Bräuern fühle und bei Wiederholung solcher und ähnlicher Vorkommnisse einfach mit Gegenmaßnahmen aufwarten werde, die sicher Herrn B. durchaus nicht angenehm berühren dürften. Des weiteren wurden die in der Verbandszeitung veröffentlichten Anträge besprochen und allseitig der Ausbau der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung für dringend notwendig erachtet und einer dementsprechenden Erhöhung des Monatsbeitrages zugestimmt. Für den Antrag der Zahlstelle Eisenfeld-Barmen, Errichtung einer Krankengeldzuschußkasse, konnte sich jedoch keiner der anwesenden Kollegen begeistern, man hielt vielmehr eine derartige Einrichtung für zur Zeit unnütz und war allgemein der Ansicht, daß eine solche Kasse in Folge der vielen Unfälle und Erkrankungen unter den Brauereiarbeitern nur bei sehr hohen Beitragssatzungen leistungsfähig sein könnte. Dem Delegirten wurde anheimgegeben, in diesem Sinne auf dem Verbandsstage zu wirken. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

An die Reichenbacher Kollegen ergeht aber die Mahnung, besser als bisher nicht nur unsere Versammlungen, sondern auch die anderer organisierter Arbeiter, vor Allem aber die öffentlichen Arbeiterversammlungen zu besuchen, sowie auf das „Sächsische Volksblatt“ als Arbeiterblatt zu abonnieren.

Saaz (Böhmen). Die Burgen des Bürgerlichen Brauhauses in Saaz erhielten eine Bohnerhöhung sowie neue Bettdecken. Die organisierten Kollegen haben sich sehr guter Behandlung zu erfreuen. Ebenso finden die zureisenden organisierten Kollegen, ganz gleich ob Deutsche oder Oesterreicher, eine freundliche Aufnahme.

In der Privatklagesache des Braumeisters Gustav Will zu Spandau, Privatklägers, gegen den Redakteur Friedrich Theiß, Roonstr. 17 I, Angeklagter, wegen Beleidigung, hat das königliche Schöffengericht zu Dortmund am 24. Januar 1898 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen die §§ 185, 186, 200 des R.-St.-G.-B. zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt. Dem beleidigten Braumeister Gustav Will wird die Befugnis zugelassen, den entscheidenden Theil des Urtheils binnen 4 Wochen nach eingetretener Rechtskraft aus Kosten des Angeklagten je einmal in der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ und in der „Hannoverschen Brauerzeitung“ zu veröffentlichen. Von Rechts wegen. Die Nichtigkeit der Abschrift der Urtheilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit und Rechtskraft des Urtheils bescheinigt. Dortmund, den 11. März 1898. Wielau, Amtsgerichts-Sekretär, Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Wochenchau.

Der nächstjährige Reichshaushalt schließt in Einnahme und Ausgabe mit je 1 437 139 979 Mk. ab. Von den Ausgaben entfallen

auf fortdauernde Ausgaben	1 240 630 953 Mk.
„ einmalige ordentliche Ausgaben	139 082 035 „
„ einmalige außerordentliche Ausgaben	57 426 991 „
Auf die Hauptkapitel vertheilt sich die Ausgaben, alle vorstehenden drei Arten zusammengenommen, folgendermaßen:	
Reichstag	662 490 Mk.
Reichskanzlei und Reichskanzler	228 370 „
Auswärtiges Amt	22 155 431 „
Reichsamt des Innern	41 276 000 „
Landheer	611 372 062 „
Marine	121 677 896 „
Reichs-Justizamt	2 014 202 „
Reichs-Schatzamt	447 024 280 „
Reichs-Eisenbahn	16 984 450 „
Reichs-Schuld	73 858 800 „
Rechnungshof	808 970 „
Post- und Telegraphen-Verwaltung	8 399 494 „
Allgemeiner Pensionsfonds	61 713 094 „
Reichs-Invalidenfonds	28 646 554 „
Reichs-Druckerei	361 800 „

Die Mehrausgaben betragen gegen voriges Jahr 66 967 404 Mk.

Von den Einnahmen entfallen auf:

Zölle	408 644 000 Mk.
Tabaksteuer	11 667 000 „
Zuckersteuer	88 511 000 „
Salzsteuer	46 655 000 „
Maisbottich- und Branntweinsteuer	16 527 000 „
Branntweinverbrauchssteuer	101 157 000 „
Braunsteuer	28 261 000 „
Reichsstempelabgabe	60 842 000 „
Ueberschuß der Post- u. Telegraphen-Verwaltung	40 173 218 „
Reichs-Druckerei	1 639 280 „
Eisenbahnverwaltung	26 720 900 „
Bantwesein	5 988 300 „
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen	14 332 252 „
Verkauf von Festungsterrain	564 970 „
Matrildarbeiträge der Einzelstaaten	470 623 939 „

Das Bier ist pro Liter um 24 Pfennige theurer geworden — seit dem Jahre 1810 nämlich, in welchem man sich 1 Liter für 3 Pfennige kaufen konnte, wie uns Professor

H. L. Sidmann in seinen, soeben bei G. Freitag u. Berndt in Wien VII/1 erschienenen „Geogr. Statist. Darstellungen über die Bier- und Wein-Produktion im deutschen Reich und in Oesterreich-Ungarn“, einer sehr glücklich gelungenen Zusammenstellung von Karte und Diagramm, lehrt. Wenn nicht schon die alten Germanen, immer noch ein „getrunken hätten, so müßten es unsere Großeltern unter solchen Umständen im Jahre 1810 geleitet haben.

Wir können's übrigens auch noch, wie uns der fleißige Autor nachweist, denn in München, der Hauptstadt des bayerischen (oder sollen wir sagen bierischen?) Königreichs, kommt z. B. ein Quantum von 566 Liter auf die Person — ein Krüglein, das sich schon sehen lassen kann, ganz besonders, wenn es so appetitlich hergestell ist, wie auf der genannten Karte. Daneben sind die anderen Städte arme Schlucker, trotzdem auch das hundertköpfige Prag einen Bierkonsum von 172 Liter, Berlin 160 Liter, die Phäakenstadt an der schönen blauen Donau 145 Liter, Nürnberg 321 Liter pro Kopf aufzuweisen hat! Das große Seine-Babel mit nur 11 Liter per Person ist hier ein verschwindend kleiner Zwerg!

Der edle Saff gibt aber vielen fleißigen Händen Beschäftigung und hat eine außerordentlich blühende Industrie und einen ebenso gedeihenden Handel, wie uns Professor Sidmann gleichfalls auf seiner Karte zeigt. An der Spitze der Bier produzierenden Staaten steht das deutsche Reich mit 61 300 000 Hektoliter, wovon auf Bayern mehr als ein Viertel, nämlich 16 200 000 Hektoliter entfallen. Dann folgen die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Süd-Amerika und Australien mit zusammen 55 400 000 Hektoliter, England mit 53 Millionen Hektoliter und an vierter Stelle Oesterreich-Ungarn mit 20 610 000 Hektoliter, dann die verschiedenen anderen Staaten. Die größte Brauerei in Oesterreich-Ungarn und Deutschland besitzt A. Dreher in Klein-Schwechat, der jährlich im Durchschnitt 750 000 Hektoliter erzeugt, mehr als alle Brauereien Hamburgs zum Beispiel zusammen! Rechnet man seine Brauerei in Subapest mit durchschnittlich 370 000 Hektoliter, ferner jene in Mielob und Triest, die auch sein Eigentum sind, mit ungefähr 200 000 Hektoliter dazu, so übertrifft er mit seiner Gesamtproduktion von ca. 1 320 Hektoliter sogar die von allen Brauereien Nürnbergs zusammen produzierte Menge von 1 300 000 Hektoliter! Fürwahr, der „Bierkönig“ verdient seinen Beinamen! Ihm zunächst kommt das Bürgerliche Brauhaus in Pilsen, das 640 000 Hl. seines weltberühmten „Pils“ erzeugt, das St. Marter Brauhaus in Wien mit 580 000 Hektoliter, das Löwenbräu in München mit 550 000 Hektoliter, die Schultheiß-Brauerei in Berlin mit 480 000 Hektoliter u. s. w.

Die Karte enthält außerdem alle Brauorte mit Angabe des jährlich erzeugten Quantums, ferner die Anbauflächen von Hopfen und Weizen, Daten über die Biersteuer, über Ein- und Ausfuhr von Wein und Bier u. s. w. Separat und sehr ausführlich ist die Weinproduktion behandelt, bei der der „deutsche Mittel“ allerdings den Wäldern weichen muß. Hier kommt zuerst Frankreich mit 35 Mill. Hektol., dann Italien mit 21 600 000 Hektol., Spanien mit 20 Millionen Hektoliter; selbst das kleine Rumänien hat mit 7 500 000 Hektoliter noch den Vortritt vor Oesterreich-Ungarn mit 7 190 000 Hektoliter und dem deutschen Reiche mit 5 050 000 Hektoliter!

Man wird nicht müde, das in vielfachem Farbendruck ausgeführte schöne Tableau zu studieren und zu bewundern, dabei über den emigen Fleiß zu staunen, der so Vieles auf verhältnismäßig so kleinem Raume so klar und übersichtlich darzustellen verstanden hat. Wir empfehlen Jedermann wärmstens, sich Professor H. L. Sidmann's Geographische Statistische Darstellungen über die Bier- und Wein-Produktion für den geringen Preis von 3 Mark aus der nächsten Buchhandlung oder vom Verlage G. Freitag u. Berndt in Wien VII/1 direkt kommen zu lassen. Jeder Bier- und Weintrinker wird seine helle Freude an diesem neuesten Erzeugnisse der rührigen, kartographischen Kunst haben!

Entscheidungen des Schiedsgerichts der Brauerei- u. Mälzerei-Vereinsgenossenschaft, Sektion VIII, Leipzig.

In Sachen des Bierjägers Anton Hoffmann-Chemnitz ist dahin erkannt: 1. Es ist bei dem angefochtenen Bescheide vom

10. Juli 1897 nicht zu belassen, vielmehr ist die Beschlagnahme von dem Kläger vom Beginne der 14. Woche nach Eintritt des Betriebsunfalls an, das ist vom 10. Juli 1897 ab, 25 Prozent der Vollrente und vom 1. November 1897 an die nach Höhe von 15 Prozent der Vollrente auf Grund eines Jahres-Arbeitsverdienstes von Mk. 1204,25 zu gewähren. 2. Die Beschlagnahme hat dem Kläger die ihm in dem Verfahren erwachsenen Kosten von 10 Mk. zu erstatten.

Ursache und Entscheidungsgründe. Der am 20. Mai 1856 geborene Berufungskläger hat in dem zur Brauerei- und Mälzerei-Vereins-Genossenschaft gehörigen Betriebe der Chemnitzer Niederlage der Vereins-Brauerei Zwickau am 10. April 1897 durch einen Betriebsunfall eine Verletzung des Hinterkopfes mit nachfolgender Schädigung erlitten. Ueber das Jahres-Arbeitsverdienst von Mk. 1204,25 herrscht beiderseits Einverständnis. Mittels des Beschlages Bl. 15 der Sektions-Acten hatte die Beschlagnahme Klägers Unfallrentenanpruch jurisdigewiesen, wogegen sich seine Berufung richtet, die die Beschlagnahme beantragt hatte. Im Hinblick auf das eingehende ärztliche Gutachten, Bl. 38 der Schieds-Gerichts-Acten, hat das Schieds-Gericht unter gleichzeitiger Berücksichtigung des persönlichen Eindruckes des Klägers und seiner Wohnverhältnisse nach dem Unfälle kein Bedenken getragen, Klägers vom Beginne der 14. Woche nach dem Unfall bis zum 1. November 1897 durch letzteren um 25 Prozent, von da ab bis auf Weiteres aber nur noch um 15 Prozent in seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt anzusehen und demgemäß wie geschehen in der Hauptsache zu entscheiden. Die Regelung der Kostenfrage stützt sich auf § 182 der kaiserlichen Verordnung vom 2. November 1885.

Bekanntmachung.

Die auf dem Kreistage am 20. Februar d. Js. in Greiz beschlossene Agitationskommission hat sich konstituiert. Alle Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden derselben, Karl Fülle, Aktien-Brauerei Pforten bei Gera; alle Geldsendungen sind an den Kassirer E. Jahn, Brauerei Gera, zu adressieren.

Quittung.

Für die Kollegen in Norkorf ging bei der Hauptkasse ein: Von den Kollegen der „Prinz Karl“-Brauerei, Augsburg 6,45; vom Kollegen Sch., Augsburg 1,80 Mk.

Für die Kollegen in Norkorf ging ein: Von den Kollegen des Bürgerlichen Brauhauses Hannover 4,50; von der Sektion der Brauer aus Hamburg 50; auf Liste Nr. 51 7,60; auf Liste Nr. 142 12,60; von den Kollegen in Karlsruhe 31; von den Brauereim in Kiel 32,30 Mk. Weitere Geldsendungen sind zu richten an Peter Hansen, Klosterstr. 43, 1. Et.

Für die noch ausgesperrten englischen Maschinenbauer sind bis jetzt eingegangen: Von den Kollegen der Akt.-Brauerei St. Pauli 67; Glöcknerbrauerei 66,90; Marienthal 58,50; Winterhude 58,70; Harmonia 48; Wahrenfeld 47,85; Hansa 42,90; Holsten 40,20; Rothenburgsort 24,70; Löwenbrauerei 23; Vereinsbrauerei Bergedorf 13,50; Waldbrauerei 12; Aktienbrauerei Harburg 8,90; Jansen Br. 7,30; Vereinsbrauerei Borgfelde 7 Mk. Summa 526,45 Mk. Außerdem sind die 40 Mk. welche von der Sammelkiste der Schuhmacher in München eingehalten wurden, abgeliefert, mithin die Summe von 566,45 Mk. Davon sind an die Generalkommission laut Quittung 555 Mk. abgeliefert. Porto für Zustellung der Sammelkisten und Ablieferung des Geldes 3,25 Mk., bleibt ein Rest von 8,20 Mk., welche Summe noch in meinen Händen, da noch eine Liste, Nr. 851 aussteht, und wird hiermit nochmals ersucht, dieselbe doch bald abzuliefern, damit das noch eingegangene Geld abgeliefert werden kann.

Paul Tiede, Kassirer. (Sektion der Brauer.)

Briefkasten.

H. R., Gildesheim. Das Wahlergebnis ist doch anders, als Ihr auf den irrthümlichen Mandaten ausge stellt habt. Süßbauer hat 18, Bartels 12, Bauer 7 und Kleinert 1 Stimme,

nicht je 22 Stimmen. Die Mandate müßt Ihr für Bauer und Kleinert ausstellen. Besten Gruß.

J. W., Hamburg. Das Resultat wird in Nr. 14 allgemein bekannt gegeben. Daß 2 Hilfsarbeiter, Staake und Levenenz, und Kollege Klein gewählt sind mit 358, 216 bezw. 244 Stimmen, sei festgestellt. Besten Gruß.

J. Hirreiter, Barchtesgaden. Die 21,50 Mk. erhalten und für den Streikfonds gebucht. Sollen etwa 3,40 für die Zeitung des Math. E. sein?

Vogt, Schweinfurt. Du solltest doch wissen, daß preussische Marken in Bayern nicht gelten.

Odenburg. Inserat kostet 1 Mk. Besten Gruß.

N. W., Ludwigshafen. Betrag richtig; von den Stimmgeldern ist uns nichts bekannt, wann sollen die geschickt worden sein? Besten Gruß.

N. M., Zwickau. Durch die fortwährenden Veränderungen der Namen und Zahl werden wir eben auch konfus gemacht. Kaum ist die Adresse gedruckt, kommt wieder eine andere Adresse. Dann schreibst Du so, die Kollegen wieder anders, und so geht es fort. An Gulde gehen regelmäßig die Zeitungen ab. Wirklich der Verfallungs-Anzeige liegt der Fehler in der Druckerei. Die Anträge werden in Nr. 14 noch einmal veröffentlicht und da wird der Fehler berichtigt. Besten Gruß.

Ph. B., Worb. Das hastest Du uns eben nicht mitgeteilt, wofür der Betrag sein sollte und da haben wir ihn ganz für Zeitungsporto gebucht. Werden es jedoch ändern. Besten Gruß.

C. M., Stuttgart. Habe nichts dagegen, wenn Böblingen Stuttgart eingereicht wird. Aufnahmefehle sende ein. Den Betrag für die Kommission verrechne als Unkosten für die Bewegung, vorläufig von den Mitteln, welche Ihr in Selbstverwaltung behaltet. Den Betrag sende ein, damit er noch für das 1. Quartal verrechnet wird. Besten Gruß.

Veränderungen in der Auszahlung der Reise-Unterstützung.

Stuttgart. Emil Müller, Cannstatterstr. 99 b, 4 Treppen, von 12-1 Uhr Mittags und 6-8 Uhr Abends, Sonntags nur Vormittags.

Verfallungs-Kalender zc.

Chemnitz.
Sonntag, den 27. März, Nachmittags präzis 5 Uhr: Große öffentliche Brauereiarbeiter-Verammlung im Restaurant „Zur Hoffnung“, Untere Georgstr. 1. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der bevorstehende Verbandstag in Stuttgart und seine Bedeutung für die organisierten Brauereiarbeiter“. Referent: Genosse Robert Müller-Zwickau. 2. Diskussion über den Vortrag. 3. Gewerkschaftliches.

Dortmund.
Sonntag, den 3. April, Nachmittags 2 Uhr: Mitglieder-Verammlung im Vereinslokale. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen.

Duisburg.
Wegen der Osterfeiertage findet die Verammlung nicht den zweiten Sonntag, sondern Sonntag, den 3. April, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Küpper, Klosterstraße statt. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht.

Seibromm.
Laut Beschluß der Generalversammlung findet im Monat April die Verammlung Sonntag, den 3. April, Nachmittags 2 Uhr, im Gasthaus zur Hofe statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme. 2. Bessere Beachtung der Verbandsstatuten. 3. Definitive Beschlußfassung zur Erneuerung der Arbeits-Verträge. 4. Gewerkschaftsbericht. 5. Verschidenes. Öffentlich kommt jeder Kollege, da es in dieser Verammlung gilt, das Erungene zu erneuern bezw. gewisse nachtheilige Einführungen zu beseitigen.

Wagdeburg.
Sonntag, den 3. April, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Verammlung bei Krausch, Fajthofberg 9.

Wo befinden sich die Kollegen August Schmidt, geboren am 29. October 1842, zuletzt in St. Louis in Stellung, und Ludwig Schmidt, geboren am 19. Dezember 1853, welcher sich längere Zeit in Baltimore aufgehalten hat? Auskunft erbittet der Erber Robert Schmidt an die Expedition dieser Zeitung.

Unsern neuen Verbands-Vorsten Joh. Oberndorfer und seiner lieben Frau Augusta zu der am 22. März stattgefundenen Hochzeitsfeier die herzlichsten Glückwünsche und Segenswünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei zum Spaten, München.

Unserm Verbandskollegen Christian Tuback u. seiner lieben Frau Regina zur freudigen Geburt einer lieben Kleinen. Es scheint am 15. März am Morgen.

Der Christian nach dem Firmament, Sein Herz ist voller Vaterjorgen und er folgt zur Gebarme reum.

Sie folgt ihm schnell hinein in's Haus und bracht ihm eine liebste Maus, Dann weiter wurden seine Züge, Als er sah eine Tochter liegen. Wir wünschen Dir einen Sohn fürwahr! Oder über's Jahr ein Zwillingpaar, Der mit seinem Vater Hand in Hand stets neu bleibt dem Zentralverband.

Von mehreren Kollegen der Akt.-Brauerei Ludwigshafen a. Rh. In Wandel, da p.

Unsern werthen Kollegen Carl Oettinger und seiner lieben Frau Fräulein Minna Paussdorff zu der am 25. März stattgefundenen Hochzeit unsern herzlichsten Glückwünsche! Die Mitglieder der Bahnhofs-Beine.

Berlin.
Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes
Restaurant mit Zentral-Herberge
Neue Friedrichstrasse 20
(Ecke Königstrasse, i. d. Nähe des Bahnhofes Alexanderplatz).
Hochachtungsvoll **Fritz Preuss.**

Hamburg.
Allen Verbandsmitgliedern wird der Brauerverkehr von
P. Meyer, Weichstraße 7
(in der Nähe des Berliner und Klosterthor-Bahnhofes), bestens empfohlen. Dasselbst Arbeitsnachweis.

C. R. Wittber Chemnitz
28 Müllerstr. 28.
Fabrikant der altbekanntesten
Chemnitzer Holzschuhe,
besgl. Schlappschuhe, Pfläschschuhe, Mälzer-Pantoffeln.

Bier-Verseifungsfäßler, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offert. Dresden N., Kammergasse 36 I.

Joh. Dohm
Spezialgeschäft f. Bierbrauer,
Kiel, Winterbeckerstr. 12,
empfehle in bekannter Güte:
gute, dauerhafte Hemden, bunt und normal, Unterhosen, Socken, wolkene Westen, Arbeitshosen, Seiden- und Tucheinlagen, Holzschuhe, Pfläschschuhe, Mälzer-Pantoffeln, große Koffer, Handlöffel, Bierkrüge u. s. w.
= Preisverantw. gratis. =

Hannover.
Empfehle allen Kollegen und Freunden mein
Restaurant,
= Knochenhauerstr. 24. =
Für gutes Essen, ff. Bier, realische Betten, sowie aufmerksame Bedienung ist bestens gesorgt. Reelle Preise.
Den reisenden Kollegen sehr gelegen, in der Mitte der Stadt, 5 Min. vom Bahnhof entfernt.
Hochachtungsvoll
Karl Köhler.

München.
Restaurant „Zur Bavaria-Brauerei“
Landsberger Strasse 70-72.
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, Gesellschaftszimmer und Saal, hochfeines Bier aus der Union-Brauerei einer geneigten Beachtung.
= Mittagstisch von 40 Pfg. an. =
Hochachtungsvoll
Josef Hönigschmid.

Georg Gehrig,
Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstr. 12,
liefert die besten
nur handgestrichelten Schafwoll-Socken nebst prima Leibwäsche.

Brauer- und Mälzer-Mützen
sowie Hüte in sämtlichen Neuheiten der Saison
empfehle bei bester Ausführung und billigsten Preisen.

Jockey-Mütze
in allen Farben, von 1-1,75 Mk.

Klapp-Mütze,
Stoffmützen von 1 bis 2 Mk., Seide u. Atlas in schwarz u. bunt, 2 bis 2,50 Mk., Nipsseide 2,50-3 Mk.

Stoffproben
stehen franco zu Diensten.
Bei Bestellungen nach a u f e r halb erbitte Stoffprobe in Zentimeter anzugeben.
Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 Stück franco.

Strand-Mütze
in Stoff und Seide, in jeder beliebigen Farbe, von 1,25 bis 3 Mk.

Steife Brauer-Mütze
in Tuch, blau und grün, von 1,75 bis 2 Mk.

Breite Klappmütze
in Sammet, Seide u. Stoff.

Dresden, Schillerstraße 53. **Carl Fiedler,** Dresden, Schillerstraße 53.

25 Argentina-
Briefmarken 125 Pf., 20 Brasil 1 Mk., 25 Bulgarien 2 Mk., 20 Griechen 150 Pf., 30 Cuba 225 Pf., 20 Japan 1 Mk., 25 Portorico 150 Pf., 15 Perlen 175 Pf., 20 Peru 2 Mk., 12 Philippinen 1 Mk., 50 Rumänien 250 Pf. zc. zc., alle echt und verschieden. 100 festene 2 Mk., 50 Unstrahlen 250 Pf. Auswahlsendungen auf Wunsch.
E. Hayn, Naumburg (Saale).

Wir empfehlen unseren Lesern die neue Wochen-schrift
In Freien Stunden.
Romane u. Erzählungen für das arbeitende Volk.
Preis pro Heft nur 10 Pf.
Zweiter Jahrgang, eben begonnen, bringt den spannenden Roman:
Der Jökner von Klausen.
Von J. v. Wildenradt.
Künstlerisch illustriert von C. M. Lilien.
Man abonnirt bei der Exped. dieses Blattes oder bei der Post (Postzeitungs-katalog für 1897, Nachtrag 1, 3537 a).
Sobald erschienen Heft 8 u. 9 des zweiten Jahrganges.